

listen (...) uns als echte Partner betrachten, gibt es die gleiche Aufgeschlossenheit unter den (westlichen) kommunistischen Parteien nicht, hier wird man häufig diskriminiert«.

1979 wird Jirí Pelikán von der PSI als unabhängiger Kandidat für das Europäische Parlament nominiert und erhält im nordwestitalienischen Landkreis die notwendige Stimmenzahl, um als Parlamentarier in Straßburg antreten zu können; fünf Jahre später wird er in das EP wieder gewählt. Ein Jahrzehnt lang gilt der Exiltscheche Jirí Pelikán, wo immer er auftritt, als engagierter Sprecher nicht nur der tschechoslowakischen Dissidentenbewe-

gung, sondern darüber hinaus der Oppositionellen im gesamten sowjetischen Block. Es ist geradezu symbolträchtig, dass mit dem Erlöschen seines Mandats im Europäischen Parlament im Jahre 1989 der Kampf um eine freie Gesellschaft in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs siegreich zu Ende geführt wird. Ein Jahr später stirbt Jirí Pelikán in Prag im Alter von 73 Jahren.

*(Der Text stützt sich auf die vor kurzem erschienene tschechische Übersetzung des Buchs Jirí Pelikán des italienischen Historikers Francesco Caccamo sowie auf persönliche Erinnerungen des Rezensenten.)*

*Gespräch zwischen Jutta Allmendinger und Olaf Scholz*

## **Gute Arbeit: Geöffnete Lebensläufe sozial akzeptabel und finanziell lebbar machen**

*In der Reihe Forum Soziale Demokratie diskutierten die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger, und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zum Thema »Gute Arbeit. Perspektiven für das 21. Jahrhundert«. Dieses zentrale Konzept des Hamburger SPD-Grundsatzprogramms hat durch die gegenwärtige Finanz- und Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Krise am Arbeitsmarkt an zusätzlicher Bedeutung gewonnen. Es moderierte Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Peter Glotz, ehemaliger Chefredakteur unserer Zeitschrift, hat immer gesagt: »Vollbeschäftigung in diesen Zeiten der Globalisierung ist eine politische Lebenslüge.« Herr Bundesarbeitsminister, ist Vollbeschäftigung heutzutage noch realisierbar?

**Olaf Scholz:** Das Ziel Vollbeschäftigung dürfen demokratische Marktwirtschaften nicht aufgeben. Alles andere provoziert den Zynismus der Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir sicherstellen wollen, dass alle Bürger aus eigener Anstrengung ihren Lebensunterhalt bezahlen können, müssen wir ihnen auch garantieren, dass sie eine Arbeit finden können – wenn auch viel-

leicht nicht unbedingt die, die sie sich wünschen, und vielleicht auch nicht unbedingt so entlohnt, wie sie sich das vorgestellt haben.

Wenn wir darüber diskutieren, ob das realistisch ist, dann macht es Sinn, die gegenwärtige Situation zu betrachten. Wir haben zur Zeit 3,6 Millionen Arbeitslose. Wir wissen, dass die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird, vor allem aufgrund der schwierigeren wirtschaftlichen Lage.

Aber auch in der Krise kann und muss man reagieren. Darum wurde entschieden, dass das Kurzarbeitergeld, das laut Gesetz eigentlich sechs Monate gezahlt wird, 18 Monate gezahlt werden kann – als Einladung an die Unternehmen, an ihren

Beschäftigten festzuhalten. (Jetzt verlängern wir die Kurzarbeitergeldleistung auf insgesamt 24 Monate.)

Es gibt seit Jahrzehnten Arbeitslosenzahlen jenseits der Millionengrenze. Das darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, dass die nächsten beiden Jahrzehnte von einem Mangel an Arbeitskräften geprägt sein werden. Allerdings: Arbeit in Deutschland wird von Jahr zu Jahr mehr qualifizierte Arbeit sein. Es wird auch in Zukunft Arbeit für gering Qualifizierte geben, aber davon weniger. Deshalb müssen wir auch an der Qualifikation etwas ändern. Es kann nicht sein, dass 80.000 junge Menschen jedes Jahr die Schule ohne Schulabschluss verlassen oder ein Viertel derjenigen, die die Hauptschulen verlassen, Schwierigkeiten haben mit Rechnen, Lesen und Schreiben. Deshalb wurde bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik sicher gestellt, dass man in jedem Alter verlangen kann, seinen Schulabschluss nachholen zu können. Wir bezahlen das denjenigen, die arbeitslos sind. Dadurch soll Betroffenen eine Möglichkeit gegeben werden, ihr eigenes Leben zu verbessern.

Ich lege so viel Wert auf die Berufsausbildung, weil ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt der Zukunft unterschätzt wird. Wenn wir für die Zukunft Deutschlands 30 bis 40 % Akademiker brauchen, dann brauchen wir genauso 60 bis 70 % mit einer ordentlichen Berufsausbildung. Wir müssen daher auch den Berufsschulen neue Bedeutung beimessen.

Ein weiteres Thema sind die fehlenden Sprachkenntnisse. Wir werden ein flächendeckendes Angebot ohne Ausnahme aufbauen, wie es sich für ein Industrieland gehört. Alle werden mit den Sprachkompetenzen versehen, die sie haben müssen, wenn sie auf diesem Arbeitsmarkt bestehen wollen.

Wenn wir über Arbeit für die Zukunft reden, reden wir also über qualifizierte Arbeit. Wenn wir ausreichend qualifizieren, können wir die hohe Arbeitslosigkeit

überwinden. Allerdings dürfen wir die Chance nicht ungenutzt lassen.

Aber es gibt auch andere neue Herausforderungen. Wir reden dann auch darüber, wie man sein Leben meistern kann. Dazu gehören Elternzeit, Elterngeld, Ausbau der Kinderbetreuung, aber auch das Thema Zeitsouveränität. Man braucht womöglich Zeit für die Pflege der Angehörigen oder für Weiterbildung. Darum bringen wir jetzt ein Gesetz auf den Weg, mit dem ein Arbeitszeitkonto, ein Langzeitkonto, abgesichert werden kann.

Wer mit 16 Jahren die Schule verlässt, muss fünf Jahrzehnte arbeiten. Daher kann es nicht angehen, dass man durch die Arbeit körperlich so belastet wird, dass man mit Ende 40 oder Anfang 50 am Ende ist. Es wird – zu Recht – viel über *altersgerechtes* Arbeiten diskutiert. Viel wichtiger aber ist *alterngerechtes* Arbeiten. Auch gute Arbeitsbedingungen sind hier ganz entscheidend, ebenso wie anständige Löhne, Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, weil sie etwas mit Würde, Humanität und Freiheitsrechten zu tun haben.

**NG/FH:** Frau Allmendinger, reicht Ihnen dieser Ansatz aus, um wieder dahin zu kommen, dass alle in dieser Gesellschaft »Gute Arbeit« haben?

**Jutta Allmendinger:** Ich möchte etwas grundsätzlicher anfangen mit der Frage: Was ist »Gute Arbeit«? Dies lässt sich für mich nicht auf Beschäftigung, also bezahlte Erwerbstätigkeit reduzieren. »Gute Arbeit« bedeutet auch gute Arbeitsbedingungen außerhalb des Beschäftigungssystems. Damit meine ich Zeit für die Erziehung der Kinder, ohne sich gehetzt zu fühlen, und ohne den von innen wie außen gesetzten Druck, noch mehr Stunden im Büro zu verbringen. Damit meine ich auch Zeit für die Pflege von Familienangehörigen, für Weiterbildung und für zivilgesellschaftliches Engagement. »Gute Arbeit« in die-

sem Sinne ist für mich Bestandteil eines guten Lebens. Und über dessen institutionelle Rahmung müssen wir uns verständigen.

Zudem gehören für mich Wahlmöglichkeiten dazu. Nicht für *den einen Job* in der *bestimmten* Firma. Schon aber im Sinne von Berufs- und Tätigkeitsfeldern. Diese Wahlmöglichkeiten hat man nur bei Erreichen eines Mindestmaßes an Bildung. Ich stimme mit dem Minister überein, dass wir alles tun müssen, um Bildungs- und Kompetenzarmut anzugehen und abzubauen. Dazu bedarf es gezielter Hilfen für bedürftige Kinder. Die USA sind sicherlich kein Vorbild für unsere Bildungspolitik, aber Programme wie »No child left behind« oder »head start« haben der ganzen Gesellschaft die Augen für ein massives Problem geöffnet und aktiviert. Auch Initiativen wie »teach first« – also einem Jahr schulischen Engagements vor der eigenen Erwerbstätigkeit – erachte ich für wichtig.

Daneben fehlt es auch an einem System der Weiterbildung. Uns fehlt es sogar

am richtigen Wort. »Umschulung« ist als Begriff negativ konnotiert, kommt der Herausforderung aber nahe. So erachte ich es etwa als sehr positiv, dass im Moment der verlängerte Bezug von Kurzarbeitergeld mit Maßnahmen zur Weiterbildung verknüpft werden soll. Gleichermäßen sehe ich aber keine Konzepte für entsprechende Maßnahmen und Programme. Wir scheinen noch immer darauf zu warten, bis Arbeitslosigkeit eintritt. Dann versuchen wir, neue Arbeit anzubieten. Und erst dann geht es um die Frage, ob ein bestimmter Beruf überhaupt noch gefragt ist. Wäre es nicht für alle Beteiligten förderlicher und zudem auch billiger, vor Eintritt in Arbeitslosigkeit ein Frühwarnsystem zu schalten?

Wir brauchen neue institutionelle Rahmen. An Stelle des Imperativs einer ununterbrochenen Erwerbstätigkeit mit festen Altersgrenzen und klaren Vorstellungen, wann der »richtige« Eintritts- und der »richtige« Austrittszeitpunkt des Erwerbslebens ist, müssen wir eine höhere Flexibilität setzen. Wir müssen geöffnete Lebensläufe sozial akzeptabel und finanziell lebbar machen. Arbeiten meines Kollegen Günther Schmid zu Übergangsarbeitsmärkten weisen hier in die richtige Richtung.

Zu jeder Konzeption »guter Arbeit« gehören auch Vorstellungen von Gerechtigkeit in den Zugangschancen. In Deutschland werden diese noch oft durchbrochen, insbesondere bei Personen mit Migrationshintergrund und bei Frauen. »Equal pay for comparable work« wird als Grundsatz akzeptiert, aber alles andere als gelebt. Davon zeugt ein unverändert hoher *gender wage gap* – Frauen verdienen bei vergleichbarer Arbeit 23 % weniger als Männer. Dies zeigen aber auch die Anteile von Frauen in Führungspositionen, nach wie vor sind sie verschwindend gering. Wenn Frauen aber nicht die gleichen Möglichkeiten wie Männer haben, eine »gute Arbeit« zu finden und auszuüben, dann sind

Änderungen im Unterhaltsrecht zugunsten von Kindern zwar richtig, kommen aber dennoch verfrüht.

**NG/FH:** Herr Scholz, oberflächlich gibt es einige Erfolge: Die Arbeitslosigkeit war zwischenzeitlich von fünf auf drei Millionen zurückgegangen. Die Statistiken zeigen aber, dass ein großer Teil der neuen Stellen prekäre Arbeitsplätze sind mit unfreiwilliger Kurzarbeit oder Teilzeitarbeit und Minijobs. Vor allem ist aber auch ein großer Sektor Niedriglohnarbeit dabei. Stundenlöhne von weniger als fünf oder sogar vier Euro sind aber doch sicherlich kein Merkmal von »guter Arbeit«?

**Scholz:** Zunächst werden wir verstehen müssen, dass es auf dem Arbeitsmarkt unterschiedlich qualifizierte, unterschiedlich bezahlte und unterschiedlich attraktive Tätigkeiten gibt. Was wir ändern müssen, ist, dass es Arbeit gibt, die so schlecht bezahlt wird, dass man, selbst wenn man vollzeitberufstätig ist, seinen Lebensunterhalt davon nicht bestreiten kann. Darum setzen sich die Sozialdemokraten für Mindestlöhne ein. Wenn wir uns andere Länder anschauen, dann stellen wir fest, dass Mindestlöhne eigentlich die Regel sind, und keine zu haben, die Ausnahme. Im Niedriglohnsektor muss man den freien Fall der Löhne stoppen, indem man sich dafür einsetzt, dass Sozialpartnerschaft und damit auch Tarifverträge für die Lohnbildung wieder bedeutsamer werden, als sie es in der Vergangenheit gewesen sind. Das ist der einzige Weg für mehr Fairness.

**NG/FH:** Frau Allmendinger, Sie haben gesagt: Nichtausbildungsfähigkeit gibt es eigentlich gar nicht. Kann man davon wirklich ausgehen? Aus anderen Diskussionen hört man, dass durchaus damit gerechnet wird, dass es in dieser Gesellschaft einen bestimmten Prozentsatz gibt, der entweder nicht ausbildungsfähig oder nicht bil-

dungswillig ist. Braucht man für diese Gruppe nicht noch einen anderen Weg der Beschäftigungsförderung als ausschließlich über immer mehr Weiterbildung?

**Allmendinger:** Ich setze auf Prävention. Beschäftigungsförderung heißt für mich daher zunächst, allen Kindern früh im Leben gute Startbedingungen zu geben. Wir müssen potenzielle Risikoschüler identifizieren und sie fördern. Fragen der Weiterbildung schließen sich später an. Dass jedes Land einen bestimmten Prozentsatz von Jugendlichen hat, der nicht ausbildungsfähig oder nicht bildungswillig ist, mag sein. Betrachten wir aber die vorliegenden Ländervergleiche, so sehen wir, dass andere Länder wesentlich weniger Schüler ohne einen Mindestabschluss entlassen und auch der Anteil kompetenzarmer Schüler viel niedriger ist. Selbst wenn man nun Bildungsstandards in Frage stellt – die Kompetenzen von 15-Jährigen werden mit dem Instrumentarium von PISA sauber gemessen. Auf die Frage nach den hohen Abweichungen kann eine ein-

fache Antwort nun lauten, dass deutsche Kinder einfach dümmer sind. Das wird niemand allen Ernstes behaupten. Also müssen wir uns anstrengen. Zu den notwendigen Anstrengungen zähle ich auch, Bildung endlich als Investition und nicht als Konsum zu verstehen. Das alles ist ein notwendiger aber nicht hinreichender Weg der Beschäftigungsförderung. Ein außerbetrieblicher Ausbildungsstellenmarkt und ein dritter Arbeitsmarkt für solche Jugendlichen, denen man keine Ausbildung vermitteln kann, sind auch zu diskutieren.

**NG/FH:** Im Hamburger Programm der SPD taucht der Begriff »Beschäftigungsversicherung« auf. Eine neue Konzeption, um in diesem sich schnell wandelnden Arbeitsmarkt Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Kann dieses abstrakte Programmwort eine konkrete Bedeutung für die Beschäftigungspolitik gewinnen?

**Scholz:** Der Gedanke, der dahinter steckt, lautet: Wie können wir sicherstellen, dass man die Voraussetzung für die eigenen Chancen, eine Arbeit zu finden, kontinuierlich aufrechterhalten und verbessern kann? Zunächst einmal bedeutet es, dass wir akzeptieren, dass der größte Teil der Aus- und Weiterbildung dem Staat, mit Kindergärten, Schulen und Universitäten sowie anderen institutionellen Ausbildungseinrichtungen, obliegt. Die Berufsausbildung demgegenüber ist in Deutschland viel mehr als in anderen Ländern eine von Unternehmen bezahlte Institution. Das gleiche gilt für die Weiterbildung, die, soweit sie betriebliche Interessen berührt, zuallererst die Aufgabe der Unternehmen ist.

In diesen Rahmen muss aber ein Konzept integriert werden, in dem die Möglichkeit, sich zu qualifizieren und Qualifikationen aufzubessern, enthalten ist. Da wird die Bundesagentur eine wichtige Rolle spielen. Sie muss einen Betroffenen in

die Lage versetzen, herauszufinden welche Qualifikationen sie oder er eigentlich benötigt. Und es muss die Möglichkeit geben, wenn man arbeitslos ist, sich zu qualifizieren.

Dazu gehört meines Erachtens auch, die Grenzen für die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten, wie etwa das BaföG, zu verändern. Die Altersgrenze, die derzeit bei 35 liegt, muss unbedingt nach oben verändert werden.

**Allmendinger:** Sicherlich können wir Frühwarnsysteme entwickeln, die dem Einzelnen zeigen, wie sehr sie bei veränderten Arbeitsmarktbedingungen vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen sein könnten. Ein solches System wäre in der Tat gerade für die Bundesagentur für Arbeit interessant, da Maßnahmen gezielter entwickelt und eingesetzt werden könnten. Mittelfristig sehe ich die BA allemal als Bundesagentur für Qualifikation. Natürlich spielt in diesem Zusammenhang auch der dritte Arbeitsmarkt keine unerhebliche Rolle.

Viel kurzfristiger können wir daran arbeiten, bereits bestehende Ausbildungsmaßnahmen modular aufzubauen, und auch breitere Übergänge zwischen beruflicher Ausbildung und Zugang zu den Hochschulen bereit zu stellen. Auch hier hinken wir im Vergleich zu anderen Ländern hinterher. Dort werden die hohen Akademikeranteile bei weitem nicht nur über das allgemeine Schulsystem erworben, berufliche Qualifikationen führen gleichermaßen selbstverständlich an die Hochschulen.

Noch einmal: Die Begrifflichkeiten sind sehr eng auf Erwerbsarbeit ausgerichtet. Ich habe einen breiteren Begriff von Arbeit und meine damit auch Tätigkeiten, bei denen man sich unbezahlt für andere engagiert, an den eigenen Fähigkeiten, Hobbys etc. arbeitet. Eine solche *vita activa*, wie Hannah Ahrendt es nennt, ist für den Einzelnen wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft maßgeblich wichtig.